

Die „Freiheit“ erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Geselle“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat April 25.— M., im voraus zahlbar. Durch die Post bezogen 32.— M. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter entgegen. Unter Einzelband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Rheinlandgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauens 60.— M., für das übrige Ausland 87.— M.

Die abgegriffene Hauptzeitschrift oder deren Raum kostet 12.— M. einschließlich Anzeigensteuer. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 M., einschließlich Anzeigensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif, Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 5.— M., netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M.

Fernsprecher Zentrum 152 00—153 00

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Zum Kapitel der Schulfreiheit

Die Debatte über die Schulnovelle im Plenum des Reichstags, sowie die Diskussion über den gleichen Gegenstand im Reichstagsausschuss für Bildungspolitik haben klar erwiesen, daß die reine Verweltlichung des Schulwesens von seinen Anfängen bis zu seiner Höhe Stufe und Vertretung zunächst in der Unabhängigen Sozialdemokratie hat. Alle anderen Parteien stimmten ohne Zögern und geschlossen den Antrag der U.S.P. auf allgemeine Einführung der Schulfreiheit nieder. Auch die Rechtssozialdemokraten, die ihre besten Leute in den Ausschuss delegiert haben, machten leider keine Ausnahme. Die Kommunisten fehlten. — Eine glänzende Isolierung für uns; allein, viel Feind' viel Ehr'. Jedenfalls liegt nicht die geringste Ursache zur Entmutigung vor. Ganz im Gegenteil, da alles für die konsequente Verweltlichung des gesamten riesigen Schulgebietes, und zwar in allen seinen Teilen, gebieterisch spricht; jedoch nichts Schwerwiegendes dagegen aufkommen kann.

Man bedenke: Jede Religion, jede Konfession ist prinzipiell intolerant, und zwar wegen ihrer Ausschließlichkeit. Wenn man der Schulfreiheit ungerne nachgibt, so ist zu bedenken, daß diese Schulart wahre Parität und wohlverstandene Toleranz als Element hat. Sie beachtet die wirtschaftlichen Realitäten; sie zwingt die wirtschaftlich Schwachen nicht in ein Bekenntnis hinein, dem sie innerlich fremd gegenüberstehen, ja, das sie verabscheuen. Dabei fällt auch die Intoleranz des religiösen Zwanges gegenüber den Unmündigen, die nicht die geringste Vorstellung von einem komplizierten dogmatischen Bekenntnis haben. Es ist nicht die Aufgabe der Schule, den jungen Menschen ein unverstandenes Bekenntnis anzudrücken, sie zu einem religiösen Bekenntnis zu zwingen. Wenn sie sich später persönlich für das eine oder andere entscheiden, so ist dazu immer noch Zeit genug vorhanden. Das konfessionelle, wie das weltanschauliche Bekenntnis gehören deshalb grundsätzlich unter keinen Umständen in einen ordentlichen Schulbetrieb, der auf der Höhe ist.

Es ist zweifellos, daß die Religions- und Konfessionskunde der Einheit der Schule, der Einheitlichkeit des Lebens diametral entgegenstehen. Die Bekenntnisschule trägt die Zerrissenheit, die Parteilichkeit, den Fanatismus in sich selbst, sowie in weitere Kreise hinein. In der Schule selbst ist ein gewisser Dualismus unvermeidlich unter solchen Umständen. Auf der einen Seite religiöser, uneingeschränkter, fanatischer Wunderglaube; auf der anderen Seite stehen die naturwissenschaftlichen Disziplinen mit ihrer unerschütterlichen Gesetzmäßigkeit der inneren Anschauung, mit der Selbstverständlichkeit, daß sie „des Glaubens liebste Kind“, das Wunder, auszuweisen haben. Vor solchem Zwiespalt kann das Kind nur geschützt werden durch die weltliche Schule. Sie gibt die höchste Möglichkeit freier, erziehungswissenschaftlicher Einwirkung. Sie ist also der geeignetste Boden, alle Schüler einheitlich dem Schulideal zu nähern.

Es ist eine völlig unbewiesene Hypothese, ja, man darf sagen ein Stück krassen, pharisäischen Dogmatismus, wenn in bezug auf das Moralproblem behauptet wird, daß die Religions- bzw. Konfessionskunde allein die wahre Moral in sich schließt, während die verweltlichte Schule sie ausschließt. Die religiöse und konfessionelle Moral arbeitet mit sehr drastischen Mitteln: Mit göttlichem Zwang, mit Strafen in Zeit und Ewigkeit, mit himmlischem Räder aller Art. Demgegenüber steht die weltliche, die natürliche, die autonome Moral. Sie beruht auf Freiwilligkeit, auf sozialem Gemeinsein, auf Vernunft. So, im Sinne des kategorischen Imperativs eines Emanuel Kant, haben sie die besten geistigen Selbsten der Menschheit der alten und neuen Zeit aufgefäht.

Es ist ein unhaltbares, mittelalterliches Vorurteil, die Schule als ein religiös-konfessionelles Anhängsel der Kirche aufzufassen, was heute noch im allgemeinen ist. Nichtig ist vielmehr, daß sie völlig selbständig dazustehen hat, daß in jahrhundertlangem Kampfe die einzelnen Wissenszweige, wie die Philosophie, die Naturwissenschaften, das geschichtliche und humanistische Wissen, ja das künstlerische Können und Schaffen usw. sich von der Bevormundung durch Religion, Konfession, Theologie und Kirche, langsam, aber sicher und revolutionär befreit haben. So ist es nun auch selbstverständlich und unvermeidlich, daß in der modernen Zeit die Pädagogik als Wissenschaft wie auch das gesamte Schulwesen ihre Befreiung um jeden Preis erringen

Die Konferenz in Genua

Rakowski über das Londoner Memorandum

Sonderbericht des „Jutel“.

Genua, 14. April.

Das Mitglied der russischen Delegation, Rakowski, präzisierte heute nachmittag in einer Unterredung die Stellungnahme der russischen Delegation zu dem Londoner Memorandum folgendermaßen:

Zunächst ist zu bemerken, daß das Londoner Memorandum kein offizieller Akt ist, sondern nur die Meinung von Experten wiedergibt. Soviel wir wissen, hat sich bisher keine Regierung ausdrücklich mit diesem Memorandum identifiziert. Aber die erste Bemerkung, die ich machen muß, ist: Wenn der Gesichtspunkt des Memorandums auf der Konferenz durchdringen würde, so würde dies nicht zu einem Wiederaufbau Europas führen, sondern eine Periode unendlicher Konflikte und neuen Elends heraufbeschwören. Der Verlust der Selbständigkeit Rußlands würde 150 Millionen Russen und anderer auf dem Gebiete Rußlands lebender Völker dazu zwingen, nur noch für die Abschüttelung der russischen Schulden zu leben. Rußland hat nicht die Blockade gebrochen, um jetzt eine neue auf sich zu nehmen. Wir sind nicht nach Genua gekommen, um uns hier erdrücken zu lassen. Worin besteht das ganze Projekt? Der Kernpunkt des Memorandums ist, daß die russische Regierung vollständig entrechtet werden soll. Es ist wahr, daß wir Konzessionen machen müssen und wollen. Die Konzessionen aber, die das Londoner Memorandum verlangt, können wir nicht machen, ohne uns selbst und die Zukunft des russischen Volkes preiszugeben. Ich hoffe, daß die Konferenz von Genua nicht gänzlich mißlingen wird. Wenn dieses Memorandum aber durchdringen sollte, so wird sie aber mißlingen.

Die Aussichten für eine Auslandsanleihe

(G.) Paris, 15. April.

Der Berichterstatter des „Petit Parisien“ in Genua erklärt, daß die Haltung der deutschen Abordnung in der Reparationsfrage bisher korrekt gewesen sei. Allen anderslautenden Gerüchten zuwider hätten sich die deutschen Vertreter, Dr. Hermes einbezogen, jeder auch nur indirekten Anspielung auf das Reparationsproblem enthalten. In deutschen Kreisen der Konferenz werde versichert, daß sich diese Haltung nicht ändern werde. Die Ursache für diese Politik sei darin zu suchen, daß Deutschlands Finanzlage so kritisch sei, daß Deutschland um jeden Preis eine internationale Anleihe erlangen müsse, um auf zwei bis drei Jahre von den Reparationszahlungen befreit zu sein. Eine solche Anleihe sei aber nur im Einvernehmen mit der Reparationskommission erhältlich; deshalb erklären die Deutschen, daß sie sich mit der Reparationskommission und nicht mit der Konferenz von Genua über die Anleihe verständigen wollten. Gleichzeitig fügten die deutschen Vertreter hinzu, daß die Antwort an die Reparationskommission nicht als das letzte Wort angesehen werden solle, sondern daß die

müssen; das mittelalterliche Gängelband auf dem schulpolitischen Gebiete muß je früher je besser zerissen werden.

Weshalb ist die Reaktion bestrebt, den Religionsunterricht in der Schule um jeden Preis, ja unter Androhung eines neuen Kulturkampfes aufrecht zu erhalten? Das geschieht, weil es sich dabei um die politische Seite der Sache handelt, weil es sich in der Beibehaltung des Religions- und Konfessionsunterrichts um die Aufrechterhaltung eines Machtinstruments der herrschenden Klassen handelt. In seinem „Sächsischen Staatsrecht“ geht von Römer darauf ein, indem er sagt:

„Der Religionsunterricht ist eine der wichtigsten Polizeieinrichtungen für die Sicherheit des jetzigen Staates.“

Gewissermaßen kommentierend, bemerkt der Wiener Universitätsprofessor Anton Wenger:

„Vielleicht die wichtigste Polizeibekämpfung in den meisten europäischen Ländern ist die „sittlich-religiöse“ Volksschule. Sie verteidigt die herrschenden Machtverhältnisse.“

Eine dritte Autorität von der ganzen sittlichen Wucht eines Leo Tolstoi unterstreicht den gleichen Gedanken in dem Wort:

„Regierung und führende Klassen brauchen die religiös-konfessionelle Lüge; sie stützen ihre Macht, indem sie durch den entsprechenden Unterricht das größte Verbrechen am Kinde begehen.“

Deutschen in der Mehrzahl der Punkte den Wünschen der Reparationskommission Genugtuung leisten wollten. Namentlich würden sie die verlangte Garantie geben und würden sich auch zu Steuererhöhungen entschließen, wenn man ihnen die auswärtige Anleihe bewillige. — Der Berichterstatter dröhete, daß die Belgier Delacroix und Dr. Bergmann zahlreiche Besprechungen mit neutralen, insbesondere Schweizer Bankiers, abhielten, aber die eigentliche Besprechung über die internationale Anleihe werde nicht in Genua, sondern in Paris geführt werden. Man wolle einstweilen nur eine bescheidene Kreditoperation vornehmen, die etwa durch die deutschen Zölle garantiert würde. Der Bericht des Sachverständigenkomitees, das sich mit der Ausgabe der internationalen Anleihe zu beschäftigen hat, wird demnächst der Reparationskommission vorgelegt werden.

Der Berichterstatter des „New York Herald“ in Genua weiß zu melden, daß der Franzose Teudoux gestern abend mit Dr. Bergmann gesprochen habe und daß man in der Reparationsfrage zu einem Einvernehmen gelangt sei. Im französischen Hauptquartier erklärt man, daß man sich einer Erörterung der Ausgabe einer internationalen Anleihe nicht widersetzen wolle. Zwar sei die Konferenz dafür nicht zuständig, doch würden die Franzosen keine Einwendungen erheben, falls Anregungen zu dieser Anleihe zustande kommen sollten. Die deutschen Vertreter wünschen, daß der von ihnen aufgestellte Grundsatz, die schwachen Völker könnten das Gleichgewicht in ihrem Haushalt nur herstellen, wenn ihre fremden Zahlungen vermindert würden, durchdringen möge. Nämlich die Konferenz diesen Grundsatz an, so könnte Deutschland der Reparationskommission entgegenhalten, daß ganz Europa der jetzt geübten Reparationspolitik widerstrebe.

Die Entscheidung über das Londoner Memorandum verlag

Sonderbericht des „Jutel“.

Genua, 14. April.

Der Zusammentritt der Unterkommission der politischen Kommission, in der die russische Delegation ihre Stellungnahme zu dem Londoner Memorandum präzisieren sollte, ist auf Wunsch der Russen, die erklärten, das Memorandum noch genauer studieren zu wollen, verlagert worden. Das Datum der neuen Sitzung ist noch nicht festgelegt.

Eine Ministerbesprechung

Sonderbericht des „Jutel“.

Genua, 14. April.

Heute vormittag versammelten sich in der Villa d'Alberti, dem Wohnsitz Lord Georges, die Minister Barthou, Schanzer, de Rocca, Ferner Tschitscherin, Litwinoff und Krassin zu einer Besprechung des Londoner Memorandums unter dem Vorsitz Lord Georges. Man mißt dieser Beratung der Minister die größte Bedeutung bei. Ob diese erste Zusammenkunft der Minister bereits zu einem praktischen Ergebnis geführt hat, steht noch nicht fest. Jedenfalls hat aber die Sitzung sich bis in die späten Abendstunden hingezogen.

Aus diesen und manchen anderen ausschlaggebenden Gründen muß die Religion und was mit ihr zusammenhängt, aus der Schule heraus, denn sie ist zu Werkzeug egoistischer, ja nichtswürdiger politischer Bestrebungen. Ausschlaggebend für die herrschende Klasse ist ja nicht die Sorge um das zeitliche und ewige Heil der Schüler, sondern die erbärmliche Angst um den Verlust höchst irdischer Güter; kurz, ausschlaggebend sind heute dabei gemeinster Egoismus und kapitalistische Rasse- und Beutegier als schmutzige Triebfedern.

Der Ausschluß der Religion ist sehr wohl möglich, wenn man von dem Grundsatz ausgeht, daß die Religion reichsgesetzlich ausschließlich Privatsache von Personen und Vereinen sein soll. Eine Sache, womit das Reich von allen seinen Beziehungen zu Kirche, Religion und Konfession staatsrechtlich ebenso getrennt wäre, wie die Kirche, Religion oder Konfession mit allen ihren Ansprüchen vom Reich und speziell von seinen Schuleinrichtungen restlos getrennt sein und bleiben müßten. Nach dieser Richtung tut eine gewaltige tiefgreifende Massenaufklärung not.

Dabei müssen wir uns vergegenwärtigen, daß wir nicht nur der restlosen Schulfreiheit bedürfen für die Gesamtschule, sondern auch ihrer vollen Einheitlichkeit, sowie der großzügig durchgeführten U n e n t

